

Frau  
Regierungsrätin Monica Gschwind  
Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion  
Rheinstrasse 31  
CH-4410 Liestal

Birsfelden, 01.06.2016

## **Vernehmlassungsantwort zur Vorlage an den Landrat betreffend Streichung der pauschalen Privatschulbeiträge (WOM-13): Änderung des Bildungsgesetzes**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Gschwind

Die Starke Schule Baselland dankt Ihnen für die Einladung zur Vernehmlassung betreffend Streichung der pauschalen Privatschulbeiträge. Die Vorlage lehnen wir aus den folgenden Gründen ab:

Die Vorlage bezweckt die Streichung eines kleinen Betrags von lediglich Fr. 2'500.-, der bisher an die Eltern von Schulkindern bezahlt wurde, die eine Privatschule besuchen. Statistisch kostet ein Schulkind, welches eine staatliche Schule besucht, den Kanton je nach Schulstufe zwischen 12'000 und 20'000 Franken. Wir gehen davon aus, dass die Streichung des Unterstützungsbeitrages dazu führen wird, dass weniger Kinder die Privatschulen besuchen können und dadurch zusätzliche Klassen an den Staatsschulen geführt werden müssen. Dies führt zu Mehrausgaben, welche höher sind als die eingesparten Mittel durch den Wegfall des Unterstützungsbeitrages.

Es gibt Eltern, die sich nur dank dieser Unterstützung eine Privatschule leisten können. Wird dieser Beitrag gestrichen, so werden nur noch Privilegierte sich eine Privatschule leisten können.

Auch pädagogische Gründe sprechen für eine Unterstützung der Privatschulen. Diese bringen Bildungsvielfalt in den Kanton und sind gerade für diejenigen Kinder geeignet, die in den staatlichen Schulen zu wenig gefördert werden können. Gründe dafür können zum Beispiel soziale Probleme, Mobbing oder Rassismus sein, die es dem Schulkind in einem "normalen" Schulumfeld mit einer Klassengrösse von bis zu 24 Kindern nicht ermöglichen, adäquat unterrichtet und betreut zu werden. Staatsschulen können nicht allen Schulkindern gerecht werden. Der Vorteil von Privatschulen ist die Möglichkeit, oft auch für Schulkinder mit Lern- oder Anpassungsschwierigkeiten den geeigneten Raum für eine qualitativ hochstehende Schulausbildung zu schaffen. Privatschulen entlasten damit vor allem die öffentlichen Schulen, die von vielen Problemsituationen so befreit werden.

Erst im Jahr 2008 wurde von den Baselbieter Stimmbürger/-innen der Beitrag von 2'500.- für die Eltern beschlossen, die für ihr Kind eine Alternative zur öffentlichen Schule wünschen. Diesen Beschluss nun wieder rückgängig zu machen würde den bisherigen Volksentscheid missachten.

Freundliche Grüsse

Saskia Olsson  
Geschäftsleiterin Komitee Starke Schule Baselland